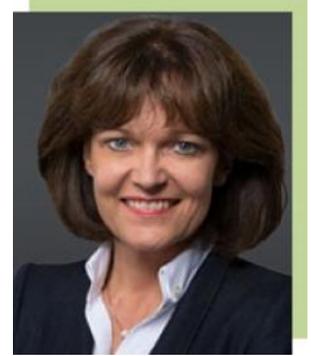




Interview mit Frau Dr. Eva Lohse

Oberbürgermeisterin der Stadt
Ludwigshafen und Präsidentin
des Deutschen Städtetages



Frau Dr. Eva Lohse ist seit 2001 Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein und seit 2015 Präsidentin des Deutschen Städtetages. Sie unterstützt schon seit vielen Jahren die Stiftung LebensBlicke, ist Mitglied des Kuratoriums und Gastgeberin der jährlich stattfindenden Auftakt-Presskonferenz zum Darmkrebsmonat März.

Mit Frau Dr. Eva Lohse (**EL**) sprach der Vorstandsvorsitzende der Stiftung LebensBlicke Professor Dr. J. F. Riemann (**JFR**).

JFR: Sie haben im vergangenen Jahr ein für die Kommunen extrem wichtiges Amt übernommen. Können Sie uns bitte die wichtigsten Aufgaben schildern, die der Deutsche Städtetag zu leisten hat??

EL: Der Deutsche Städtetag vertritt aktiv die Interessen der Städte und der Stadtbevölkerung gegenüber Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat, sowie gegenüber der Europäischen Union und zahlreichen Organisationen. Der Verband nimmt Einfluss auf die Gesetzgebung etwa durch Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen, Gespräche mit Parlament und Regierung sowie durch Öffentlichkeitsarbeit. Zentrales Ziel ist es, die Handlungsfähigkeit der Städte, die einen Großteil der öffentlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen, zu erhalten und zu stärken. Außerdem fördert der Verband eine moderne Verwaltung, die sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientiert und erarbeitet mit den Städten gemeinsam Lösungskonzepte zu den unterschiedlichsten kommunal bedeutsamen Fragen.

JFR: Sie haben das Amt in einer Zeit angetreten, in der die Kommunen trotz großer Verschuldung von einer beispiellosen Flüchtlingswelle getroffen werden, deren Ende nicht abzusehen ist. Wie verändert das die Aufgabenstellung des Deutschen Städtetages?

EL: Die humanitäre Hilfe für Menschen, die aus Kriegsgebieten oder vor Verfolgung zu uns fliehen, ist augenblicklich eine der größten Herausforderungen für die

Städte und hat deshalb auch beim Deutschen Städtetag höchste Priorität. Viele Flüchtlinge werden lange Zeit bleiben und müssen integriert werden. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die es seitens des Deutschen Städtetages mit zu organisieren gilt. Und natürlich müssen wir als kommunaler Spitzenverband die dafür notwendigen Rahmenbedingungen und die Kostenübernahme bei Bund und Ländern einfordern.

Hinzu kommen viele weitere wichtige Themen, etwa der demografische Wandel mit all seinen Facetten, der knappe Wohnraum für Familien mit niedrigen Einkommen und für Flüchtlinge; die Energiewende und die Rolle unserer Stadtwerke; die Erneuerung und Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur, der technischen, der Bildungs-, Kultur- und Sozialinfrastruktur. Aktuell bedeutsam und in der Diskussion sind außerdem die wichtige Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und die nötige Entlastung der Städte von Sozialausgaben.

JFR: Wer sind Ihre Adressaten; was kann der Städtetag bewirken? Gibt es Beispiele für eine sinnvolle, gerechtfertigte Einflussnahme auf politische oder andere Entscheidungen?

EL: In den Städten leben und wohnen mehr als die Hälfte aller Menschen in Deutschland. Die Städte sind Wirtschaftsstandort und Orte der gelebten Demokratie, wo Politik und politische Entscheidungen direkt verwirklicht und von den Menschen empfunden werden. Der Deutsche Städtetag fungiert als die Stimme der Städte und macht als Verband bei allen wichtigen gesellschaftlichen und kommunal bedeutsamen Fragen gegenüber Bund, Ländern und der Europäischen Union deutlich, welche Bedeutung politische Entscheidungen für die Menschen und für die Zukunft in den Städten haben. Als kommunaler Spitzenverband nimmt der Städtetag auf die Gesetzgebung Einfluss und bringt die Positionen der Städte außerdem ein in zahlreiche Arbeitskreise, Expertengremien und Fachausschüsse und – nicht zuletzt auch in die Medien und die Öffentlichkeit. Der Deutsche Städtetag erzielt immer wieder Erfolge für die Städte, zum Beispiel in Finanzfragen. Wir haben erreicht, die Gewerbesteuer zu sichern und dass die Kommunen bei den Sozialausgaben entlastet werden. Und vor kurzem hat der Bundestag Investitionshilfen für finanzschwache Kommunen beschlossen.

JFR: Kann Prävention als eine gesamtgesellschaftlich überlebenswichtige Aufgabe für die Zukunft in der Themensetzung des Städtetages eine Rolle spielen?

EL: Prävention und Gesundheitsförderung sind bereits seit langem wichtige Themen für den Deutschen Städtetag. Wir unterstützen den Präventions- und Gesundheitsförderungsgedanken. Er ist bei der Entwicklung der Lebensumstände in den Städten wichtig. In der Vergangenheit haben wir verschiedene Entwürfe des Präventionsgesetzes aus kommunaler Sicht bewertet. Jetzt, nach Inkrafttreten des Gesetzes geht es um die konkrete Anwendung in den Kommunen. Das Spektrum der Prävention ist aber grundsätzlich weit gefasst und reicht von den primärpräventiven Ansätzen über die Schaffung gesundheitsförderlicher Lebenswelten, die wir besonders unterstützen, bis hin zu Präventionsmaßnahmen bei drohenden oder schon eingetretenen Erkrankungen.

JFR: Kann die Stiftung LebensBlicke, für die Sie sich ja schon seit Jahren dankenswerterweise sehr engagiert einsetzen und als Kuratoriumsmitglied Vorbildfunktion ausüben, über diese Schiene das Thema Darmkrebsprävention kommunizieren und wenn ja, ggf. wie?

EL: Der Deutsche Städtetag informiert seine Mitglieder regelmäßig in seinen Gremien, auf seinem internen Internetauftritt und per Rundschreiben zu Gesundheitsthemen. Dazu gehören zu gegebenem Anlass auch die Darmkrebsprävention sowie die diesbezüglichen Fachveranstaltungen und Kampagnen.

JFR: Gibt es Ansprechpartner, die sich im Rahmen des Städtetages für diese Thematik ganz besonders interessieren?

EL: Die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages orientiert sich in ihrer Struktur an den Verantwortungs- und Tätigkeitsbereichen der Städte. Sowohl innerhalb der Hauptgeschäftsstelle als auch in den Gremien des Deutschen Städtetages, die mit kommunalen Verantwortungsträgern besetzt sind, gibt es Persönlichkeiten, die mit dem Thema besonders verbunden sind.

JFR: Leben nach und mit Krebs wird ein immer wichtigeres nicht nur medizinisches Thema. Millionen Menschen sind betroffen. Gibt es in den Kommunen genügend Angebote, um den Betroffenen außerhalb der medizinischen Versorgung Unterstützungsangebote zu machen?

EL: Das Angebot an Krebsberatungsstellen in den Kommunen ist vielschichtig. Es wird von den unterschiedlichsten Trägern oder Trägerverbänden organisiert, teilweise mit kommunaler Unterstützung. Regional gibt es unterschiedliche Angebote. Deshalb muss die jeweilige Situation vor Ort bewertet werden.

JFR: Könnten Sie sich vorstellen, dass der Deutsche Städtetag für die Stiftung LebensBlicke eine Befürworterrolle übernimmt?

EL: Die Früherkennung von Krebs, die Leben retten kann, aber ebenso das Leben mit dem Krebs und nach einer bewältigten Krebserkrankung sind in den Städten wichtige Themen. Krebsprävention benötigt über das örtliche Engagement hinaus aber auch immer wieder eine breite Öffentlichkeit, weshalb ich die Arbeit der Stiftung LebensBlicke ausdrücklich befürworte, und das ja bekanntlich nicht erst seit meiner Wahl zur Städtetagspräsidentin.

JFR: Was sind Ihre persönlichen Ziele, die Sie im Rahmen Ihrer Präsidentschaft erreichen möchten?

EL: Neben der Mammutaufgabe der Integration der anerkannten Asylbewerber und der Bürgerkriegsflüchtlinge in unsere Stadtgesellschaften geht es mir vor allem darum, die Entwicklungschancen für die Städte zu sichern und wo immer möglich auch auszubauen. Die Städte müssen wieder in die Lage versetzt werden, ihre vielfältigen Aufgaben auch tatsächlich wahrzunehmen, denn das ist für die Lebenschancen der Menschen essentiell. Dafür brauchen wir vor allem eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen durch die Länder, eine weitere Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben durch den Bund, eine zielgenaue Förderung strukturschwacher Kommunen und Regionen sowie eine zukunftssichere Verkehrsfinanzierung.

JFR: Herzlichen Dank für dieses sehr aufschlussreiche Interview.